



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

35. Jahrgang · Heft 9

September 1983

Grafik des Monats: Sozialhilfe 1982 –
einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt

Aufsätze: Hilfe zum Lebensunterhalt

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Juni 1983		Januar bis Juni 1983	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	165	- 5,6	166	- 5,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 3,8	16	- 6,4
Löhne und Gehälter	Mill. DM	521	- 2,1	477	- 1,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 913	+ 0,8	2 745	+ 1,8
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 422	+ 1,2	2 231	+ 2,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	491	- 1,0	513	- 0,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 460	- 4,9	1 554	+ 2,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 090	- 7,8	1 132	+ 1,9
aus dem Ausland	Mill. DM	370	+ 5,1	423	+ 4,3
Energieverbrauch	1 000 t SKE	156	- 13,4	189	- 1,0
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	48	- 4,0	46	- 5,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7	+ 7,5	5	+ 0,1
Löhne und Gehälter	Mill. DM	149	+ 6,3	112	+ 2,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	543	+ 32,4	304	+ 8,4
Auftragseingang ³	Mill. DM	277	+ 2,0	259	+ 21,6
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	2 026	+ 56,2	1 481	+ 42,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	709	- 9,6	668	+ 44,9
		Mai 1983		Januar bis Mai 1983	
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) Meßziffer 1980 = 100		103,7	+ 3,5	100,6	+ 2,1
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) Meßziffer 1980 = 100		126,6	+ 8,5	91,4	+ 7,0
		Juni 1983		Januar bis Juni 1983	
Fremdenverkehr⁵					
Fremdenmeldungen	1 000	331	- 0,3	190	- 1,1
Fremdenübernachtungen	1 000	2 206	- 0,9	975	- 4,9
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	98 955	+ 19,5	110 294	+ 22,6
		Mai 1983		Januar bis Mai 1983	
Ausfuhr					
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	667,2	+ 5,8	665,8	+ 2,9
	Mill. DM	607,2	+ 2,7	623,0	+ 0,0
Kredite⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 872	- 1,7	8 863	- 1,5
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	38 609	+ 7,9	38 093	+ 7,3

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 9/83

	Seite
Aktuelle Auslese	157
Aufsätze	
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im September 1981	158
Grafik des Monats	162
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 4/1983

Landwirtschaft in den Naturräumen
Öffentliche Abfallbeseitigung
Öffentliche Abwasserbeseitigung

Heft 5/1983

Landtagswahl 1983
Güterverkehr Binnenschifffahrt
Fahrradunfälle

Heft 6/1983

Studenten der Naturwissenschaften

Heft 7/1983

Bundestagswahl 1983
Tuberkulose einst und jetzt

Heft 8/1983

Keine Volkszählung –
und doch Bevölkerungszahlen?
Investitionen 1981



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang

Heft 9

September 1983

Aktuelle Auslese



Das Interesse an einem Studium nimmt weiter ab

Die Befragung der Schüler, die 1983 voraussichtlich die Schule mit der Hochschulreife oder Fachhochschulreife verlassen, hat für Schleswig-Holstein den bisher niedrigsten Anteil von Studierwilligen ergeben, nämlich nur noch 62 % der 9 510 erfaßten Schüler. Das sind 2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Dennoch muß aufgrund der noch wachsenden Zahl Schulentlassener mit einer wiederum steigenden Studienanfängerzahl gerechnet werden. Außerdem werden sich erfahrungsgemäß einige der Schüler, die bei der Befragung noch keine konkreten Vorstellungen über ihre berufliche Zukunft hatten (23 %), doch noch für ein Studium entscheiden. 15 % der Schüler haben erklärt, nicht studieren zu wollen. Die Veränderung beruht ausschließlich auf der zurückgegangenen Studierneigung der Schülerinnen. Wollten 1982 noch 57 % von ihnen ein Studium aufnehmen, waren dies 1983 nur noch 53 %. Bei den männlichen Schülern ist der Anteil mit 69 % gleich geblieben.



Umschichtungen in der Sozialhilfe

Die gesamten Bruttoausgaben für die Sozialhilfe lagen 1982 mit 807 Mill. DM um 9,7 % über denen von 1981, was eine für die letzten Jahre übliche Zuwachsrate bedeutet. Innerhalb der Ausgaben ist jedoch eine Umschichtung zu beobachten. Einerseits ist der Zuwachs beim überörtlichen Träger mit + 11,5 % höher als bei den örtlichen Trägern mit + 7,8 %. Zum anderen stiegen die Aus-

gaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt mit + 14,1 % bedeutend mehr als die Ausgaben für die Hilfen in besonderen Lebenslagen mit + 7,6 %. Ferner fällt auf, daß aus der letzteren Gruppe die beiden größten Einzelleistungen, nämlich die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Behinderte, die zusammen jetzt fast neun Zehntel der Hilfen in besonderen Lebenslagen ausmachen, stärker gestiegen sind als die Gruppe im ganzen, nämlich um 10 % und 13,9 %, wogegen für alle übrigen Hilfen in besonderen Lebenslagen 1982 um 13,9 % weniger aufgewendet wurde als 1981. Hierin könnte sich ein gewisses Bremsen der bewilligenden Stellen bei der Leistungsgewährung zeigen.



Mehr Unfalltote auf den Straßen Schleswig-Holsteins

Im 1. Halbjahr 1983 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen der Polizei insgesamt rd. 37 000 Unfälle. Davon hatten 28 800 Unfälle (77 %) lediglich Sachschäden, 8 400 auch Personenschäden zur Folge. Bei den Unfällen mit Personenschäden wurden 249 Personen getötet und 10 708 Personen verletzt. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1982 erhöhte sich die Gesamtzahl der Unfälle um 6 %. Noch ungünstiger verlief die Entwicklung bei den Unfällen mit Personenschäden, ihre Zahl nahm um 11 % zu. Die Zahl der Getöteten erhöhte sich sogar um 21 %, bei den Verletzten betrug der Anstieg 9 %. Im monatlichen Vergleich ragen der Januar und der Juni durch hohe Zuwachsraten heraus. So ereigneten sich im Januar 36 % und im Juni 20 % mehr Unfälle mit Personenschaden als im jeweils gleichen Monat 1982.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im September 1981

Zusatzstatistik zur Sozialhilfe 1981

Aufgrund der „Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über Hilfe zum Lebensunterhalt“ vom 2. Juli 1981 (BGBl. I S. 610) wurden für September 1981 die laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt besonders untersucht. Hauptursachen und Dauer der Hilfege-währung, die Höhe und die Arten der gewährten Leistungen und die berücksichtigten Einkommen der Hilfeempfänger waren die wichtigsten Tatbestände, die über diese einmalige 25%-Repräsentativerhebung zu erfassen waren – Tatbestände, deren Erhebung in der jährlichen Sozialhilfestatistik zu aufwendig wäre. Haushalte von Personen, die ein Verfahren auf Anerkennung als Asylberechtigte betrieben (Asylbegehrende), von Personen, die unter das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge fielen (Kontingentflüchtlinge) und einzeln nachgewiesene Hilfeempfänger, die einem dieser Personenkreise angehörten, wurden vollständig in die Erhebung einbezogen. Aus allen übrigen Haushalten und einzeln nachgewiesenen Hilfeempfängern haben die Träger der Sozialhilfe für diejenigen einen Erhebungs-bogen angelegt, deren Familienname mit D, K und S (ohne Sch) begann. Dies entspricht einer Auswahl von 20 %.

Die Ergebnisse der Erhebung sind auf die theoretische Gesamtzahl hochgerechnet worden. Sie werden „haus-haltsbezogen“ und „empfängerbezogen“ dargeboten. Ein „Haushalt“ (Bedarfsgemeinschaft) umfaßt alle zusammenlebenden Personen, deren Einkommen und Vermögen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in die Bedarfsberechnung einbezogen werden. Dieser „Haushalt“ entspricht also in vielen praktischen Fällen begrifflich nicht dem Privathaushalt der Bevölkerungs-statistik, also der Personengemeinschaft, die zu-sammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirt-schaft führt. Hilfeempfänger in Einrichtungen wurden immer als Einzelpersonen erhoben, da die Form des „Haushalts“ im Sinne des BSHG dort in der Regel nicht vorkommt.

Die repräsentative Zusatzstatistik mit dem Berichts-monat September 1981 erfaßte Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, denen Leistungen für den vollen Monat gewährt waren. Die Empfänger können – und werden meist – auch in den Monaten vor und nach dem Berichtsmonat Leistungen erhalten haben.

Wie ist der hier untersuchte Personenkreis in den der laufenden Jahresstatistik der Sozialhilfe eingebettet? Nach der Jahresstatistik waren 1981 in Schleswig-Holstein insgesamt 94 100 Personen Empfänger von Sozialhilfe nach dem BSHG; darunter erhielten 56 400 Personen für kürzere oder längere Zeit laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, von denen einige auch Lei-stungen der Hilfe in besonderen Lebenslagen bekamen. In 53 285 Fällen lebten die Empfänger laufender Hilfe außerhalb von Einrichtungen und in 3 135 Fällen in Einrichtungen.

Aus diesen Zahlen – Personen, die im Jahre 1981 diese Hilfe bekommen haben – läßt sich aus zwei Gründen kein Erwartungswert für die Zahl derer ableiten, die im September 1981 zu erfassen waren. Zum einen nicht wegen der verschiedenen Natur der beiden Zahlen, zum andern nicht, weil auch die Zahl für 1981 das hochgerechnete Ergebnis einer Stichprobenerhebung ist – der ersten in dieser Sache –, von dem bekannt ist, daß es zu niedrig ausgefallen ist (siehe Heft 11/12 aus 1982).

38 600 Hilfeempfänger lebten in 25 400 Haushalten

Im September 1981 gab es in Schleswig-Holstein 38 582 Personen, denen laufende Leistungen zum Lebensunterhalt bewilligt waren; dies entspricht einem Anteil von 4,7 % an den Empfängern im Bundes-gebiet. Davon lebten 6,6 % in Einrichtungen und 93,4 % außerhalb von Einrichtungen, was den Ver-hältnissen im Bundesgebiet entsprach. Die Hilfe-empfänger in Schleswig-Holstein waren zu 33,6 % Männer und zu 66,4 % Frauen (Bund: 35,4 %, 64,6 %), wobei die Verteilungen der Männer und Frauen auf „in Einrichtungen“ und „außerhalb von Einrichtungen“ ebenfalls mit den Bundesergebnissen übereinstimm-ten. Die Anteile der weiblichen Hilfeempfänger waren hier nicht nur insgesamt, sondern auch innerhalb wie außerhalb von Einrichtungen geringfügig größer als im Bundesgebiet.

Die Verteilung der Hilfeempfänger nach Geschlecht und Altersgruppe zeigt außerhalb wie innerhalb von Einrich-tungen nur leichte Abweichungen von der jeweiligen Bundesverteilung, wobei die Frage offen bleibt, ob sie zufällig oder signifikant sind; so ist der Anteil der Personen unter 18 Jahren in Schleswig-Holstein gerin-ger und der Anteil der Altersgruppe 25 bis 50 Jahre

**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
im September 1981 nach Alter und Geschlecht in %**

Alter von ... bis unter ... Jahre	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	außerhalb von Ein- rich- tungen	in Ein- rich- tungen	außerhalb von Ein- rich- tungen	in Ein- rich- tungen
— Geschlecht				
Unter 18	32,7	0,4	34,2	1,8
18 – 25	7,5	0,6	7,9	1,4
25 – 50	28,2	4,8	25,9	5,7
50 – 60	8,0	4,7	8,3	5,9
60 – 65	3,3	4,7	3,4	3,9
65 – 70	4,6	8,0	4,7	7,1
70 – 75	6,0	10,8	6,1	12,9
75 und mehr	9,7	65,9	9,3	61,3
Insgesamt	100	100	100	100
Männlich	34,2	25,1	36,0	26,1
Weiblich	65,8	74,9	64,0	73,9

– jeweils außerhalb von Einrichtungen – größer als im Bundesgebiet. Innerhalb von Einrichtungen sind die Altersgruppen unter 60 Jahre mit zusammen 10,5 % (Bund: 14,8 %) im Lande geringer besetzt und die höheren Altersgruppen entsprechend höher als im Bundesergebnis, wobei die Altersgruppe 70 bis 75 Jahre eine Ausnahme macht.

Von den 38 582 Hilfeempfängern in Schleswig-Holstein waren 94,2 % Deutsche und 5,8 % Ausländer (Bund: 89,9 %, 10,1 %), davon 3,4 % Asylbegehrende (ohne Kontingentflüchtlinge), 0,2 % Kontingentflüchtlinge und 2,2 % Staatenlose und sonstige Ausländer. Der gegenüber dem Bundesergebnis geringe Ausländeranteil entspricht dem unterdurchschnittlichen Ausländeranteil an der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung. Bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung am 30. 9. 1981 hatte Schleswig-Holstein dagegen mehr Hilfeempfänger als im Bundesdurchschnitt: Auf 1 000 Deutsche entfielen 14 (Bund: 13), auf 1 000 Ausländer 24 Hilfeempfänger (Bund: 18). Obwohl Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern noch nicht vorliegen, deutet sich hiermit eine besondere Hilfebedürftigkeit der ausländischen Mitbürger in Schleswig-Holstein an.

Die Altersgliederung zeigt, daß bei den Ausländern Personen im erwerbsfähigen Alter relativ sehr viel stärker vertreten waren als bei deutschen Hilfeempfängern und dafür nur sehr wenige Personen über

**Deutsche und ausländische Hilfeempfänger
nach Alter und Geschlecht in %**

Alter von ... bis unter ... Jahre	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im September 1981, Anteile in %	
	Deutsche	Ausländer
— Geschlecht		
Hilfeempfänger	36 360	2 222
Unter 18	30,9	24,8
18 – 25	6,3	20,5
25 – 50	25,3	48,0
50 – 65	11,6	3,7
65 – 75	11,7	2,1
75 und mehr	14,2	0,9
Insgesamt	100	100
Männlich	31	69
Weiblich	69	31
	Empfängerdichte (Hilfeempfänger je 1 000 Einw.)	
Insgesamt	14	24
Männlich	9	30
Weiblich	19	17

50 Jahre auftraten. Bei den deutschen Hilfeempfängern waren dafür die Altersgruppen der unter 18jährigen und über 50jährigen stärker vertreten. 31 % der deutschen Hilfeempfänger waren männlichen und 69 % weiblichen Geschlechts, bei den ausländischen Empfängern war dieses Verhältnis genau umgekehrt. Dies ist auffallend und soll deshalb noch in anderer Berechnung dargestellt werden. Während nur 9 von 1 000 männlichen Deutschen im September 1981 Hilfeempfänger waren, waren es 30 von 1 000 männlichen Ausländern; bei den Frauen waren dagegen die entsprechenden Werte annähernd gleich. Die Empfängerdichte bei den Deutschen weiblichen Geschlechts war etwa doppelt so hoch wie bei den Männern, während sie bei den Ausländern nur knapp halb so hoch war. Vorgreifend auf die Analyse der Hilfeempfänger nach der Art der ihrer Hilfgewährung zugrundegelegten „Bedarfsgemeinschaft“ sei hier schon die Vermutung geäußert, daß der Grund für die stark unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Dichtewerte zwischen Deutschen und Ausländern in der unterschiedlichen Struktur der Haushalte liegt.

Außerhalb von Einrichtungen wird die Hilfe zum Lebensunterhalt für die in einem Haushalt zusammenlebenden Personen gemeinsam berechnet, soweit deren Einkommen und Vermögen nach dem Bundessozialhilfe-

**Haushalte/Haushaltsteile von Hilfeempfängern
außerhalb von Einrichtungen nach dem Haushaltstyp**

Haushaltstyp	Haushalte/Haushaltsteile in %			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	ins- gesamt	dar. Aus- länder	ins- gesamt	dar. Aus- länder
Alleinstehende	55,4	59,0	51,0	58,7
davon				
männlich	11,8	48,4	13,5	48,2
weiblich	43,7	10,6	37,5	10,4
Einzelnen unterstützte Haushaltsangehörige	13,2	19,3	15,3	13,4
davon				
männlich	5,9	16,8	6,7	9,9
weiblich	7,3	2,5	8,6	3,5
Ehepaare				
ohne Kinder	4,7	2,6	5,4	5,6
mit Kindern	5,1	9,1	5,1	12,3
Alleinstehende Väter mit Kindern	0,6	1,1	0,4	0,6
Alleinstehende Mütter mit Kindern	17,3	6,0	18,8	6,7
davon mit				
1 Kind	8,0	3,5	9,1	3,0
2 Kindern	6,2	0,5	6,3	2,1
3 und mehr Kindern	3,1	1,9	3,4	1,6
Sonstige Haushalte (2 und mehr Personen)	3,7	2,8	3,9	2,7
davon				
ohne Kinder	1,4	1,7	0,9	1,3
mit Kindern	2,3	1,1	2,9	1,5

gesetz in die Bedarfsrechnung eines Haushaltes ein-
zubeziehen sind.

Unter Berücksichtigung dieser Bestimmung des Bundessozialhilfegesetzes lassen sich „Haushaltstypen“ definieren, die insofern Basiskategorien der Datenanalyse sind, als etliche Merkmale der Hilfestellung (Höhe der Leistungen, Dauer, Ursache usw.) von den Verhältnissen aller Personen einer Bedarfsgemeinschaft abhängen. Ein Haushaltsvorstand kann beispielsweise Hilfeempfänger werden auch aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Behinderung anderer Personen der Bedarfsgemeinschaft.

Die schleswig-holsteinischen Hilfeempfänger lebten in 25 412 Bedarfsgemeinschaften (Haushalte oder Haushaltsteile), davon 2 549 oder 10 % in Einrichtungen (Einzelpersonen). Unter den 22 863 Haushalten außerhalb von Einrichtungen überwogen stark, mit 68,6 %, die einzeln nachgewiesenen Hilfeempfänger, drei Viertel von ihnen Frauen. 55,4 % der unterstützten

Haushalte waren alleinstehende Personen¹, 13,2 % einzeln unterstützte Haushaltsangehörige. In der Größenordnung folgen die Haushalte alleinstehender Elternteile mit Kind(ern) mit einem Anteil von 18 % und die Ehepaare mit und ohne Kinder mit knapp 10 %. In den sonstigen Haushalten (3,7 %) sind zu zwei Drittel Bedarfsgemeinschaften mit Kindern enthalten, Fälle, in denen zum Beispiel Kinder bei Großeltern oder Mütter mit Kindern bei den Eltern leben.

Zur besseren Beurteilung der schleswig-holsteinischen Ergebnisse sind in der Tabelle die entsprechenden Bundesergebnisse daneben gestellt. Abweichungen ergeben sich bei den Alleinstehenden, die in Schleswig-Holstein einen um 4 Prozentpunkte größeren Anteil haben als im Bundesgebiet. Der Frauenanteil liegt dabei in Schleswig-Holstein um etwa 6 Prozentpunkte höher. Der Anteil der alleinstehenden Mütter ist gegenüber dem Bundesgebiet etwas geringer. Diese Abweichungen sind aber nicht so gravierend, daß von zwei verschiedenen Verteilungen gesprochen werden könnte.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich jedoch im Vergleich der Ingesamt-Werte mit dem Ausländer-Ergebnis (es liegen 1 443 Ausländer-Haushalte zugrunde). Die einzeln nachgewiesenen Hilfeempfänger haben unter den Ausländern mit 78,4 % einen um 10 Punkte höheren Anteil als im Gesamtergebnis. Der Ausgleich dieser Abweichung liegt im wesentlichen in der Gruppe der alleinstehenden Mütter, die bei den Ausländern relativ um ein Drittel so häufig auftreten wie insgesamt.

Wesentlich für die oben angemerkten Unterschiede der Dichte-Werte zwischen Deutschen und Ausländern in der Geschlechtsgliederung sind, von den Ausländern her gesehen, die einzeln nachgewiesenen Hilfeempfänger sowie die alleinstehenden Mütter mit Kind(ern). Die einzeln nachgewiesenen Männer hatten bei den Ausländern einen hohen Anteil von 65,3 % (gegenüber 14,4 % bei den deutschen Hilfeempfängern), die einzeln nachgewiesenen Frauen nur einen niedrigen Anteil von 13,1 % (gegenüber 53,5 % bei den Deutschen). Außerdem waren die alleinstehenden Mütter mit 6,0 % bei den Ausländern deutlich geringer vertreten als unter den deutschen Haushalten (18,1 %). Da der Haushaltstyp der einzeln nachgewiesenen Hilfeempfänger mit hohem Gewicht und direkt in die Empfängerzahlen und die Dichtewerte eingeht und die übrigen Haushaltstypen hinsichtlich der Ge-

1) Auch in dieser Gruppe können noch einige Fälle enthalten sein, wo weitere Personen im Haushalt leben, aber im Rahmen der Bedarfsrechnung nicht nachgewiesen werden

schlechtsgliederung relativ neutral sind, muß sich die Geschlechtsverteilung unter diesem Haushaltstyp auch in den Dichtewerten widerspiegeln. Unter der Voraussetzung, daß die Haushaltsstruktur der Hilfeempfänger die aller Ausländer widerspiegelt, liegen hier folgende Rückschlüsse nahe: Unter der ausländischen Bevölkerung sind die Haushalte der alleinstehenden Männer stärker vertreten als alleinstehende Frauen – bei den Deutschen ist dies genau umgekehrt – und der Anteil der alleinstehenden Mütter mit Kindern ist wesentlich geringer als in der deutschen Bevölkerung.

Ursachen der Hilfgewährung

Eine der wichtigsten Fragen in diesem Umfeld ist für den Sozialpolitiker sicherlich die, warum jemand sozialhilfebedürftig wird. In dieser Erhebung ist danach gefragt worden. Maßgebend für die Angabe der Ursache war der Zustand, der zur Hilfgewährung im Berichtsmonat geführt hat, auch wenn abzusehen war, daß eine Änderung eintreten würde. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß im Zeitpunkt der – vielleicht lange zurückliegenden – Bewilligung andere Ursachen ausschlaggebend waren. Wenn mehrere Ursachen zusammen die Hilfeleistung begründeten, war immer nur eine als Hauptursache anzugeben, so daß der hierin liegende Ermessensspielraum des Bearbeiters in die Ergebnisse eingegangen ist. Im Zweifelsfall liegt zwar „Unzureichendes oder fehlendes Einkommen“ immer nahe, weil es letztlich immer zutrifft; diese Ursache sollte aber nur dann genannt werden, wenn eine andere vorgegebene Ursache nicht zutrifft.

Die Hauptursache der Hilfgewährung war bei 32 % der Haushalte unzureichende Rente, bei 25 % unzureichendes oder fehlendes Einkommen und bei 21 % unzureichender Unterhalt. Bei Personen innerhalb von Einrichtungen liegen die Gewichte anders. Für fast zwei Drittel (63,2 %) war die Hauptursache unzureichende Rente, für 25,5 % Krankheit oder Behinderung und für 10,0 % unzureichendes oder fehlendes Einkommen. Unterschiede zwischen den Geschlechtern waren dabei nur geringfügig. Bei Hilfeempfängern außerhalb von Einrichtungen war die unzureichende Rente in 28,2 % der Fälle, also mit nur geringem Vorsprung, Hauptursache, 26,4 % der Fälle begründeten sich auf unzureichendes oder fehlendes Einkommen und 23,2 % auf unzureichende Unterhaltsleistungen. Die Ursachen Arbeitslosigkeit und Krankheit oder Behinderung umfaßten jeweils etwa 9 % der Fälle.

Die Ergebnisse der einzelnen Haushaltstypen weichen hiervon zum Teil erheblich ab. Mit Ausnahme der einzeln unterstützten Haushaltsangehörigen überwiegt

bei den anderen Typen eine bestimmte Hauptursachen-Gruppe deutlich. Bei den Alleinstehenden kommt die Ursache „Unzureichende Rente“ mit 42,5 % am häufigsten vor, worin sich der hohe Anteil dieser Ursache bei den weiblichen Alleinstehenden und deren Gewicht in der Gesamtzahl der Alleinstehenden niederschlägt. Die zweithäufigste Ursache ist „Unzureichendes oder fehlendes Einkommen“ mit 27,1 % (diese Ursache steht bei den männlichen Alleinstehenden an erster Stelle), wobei hierunter bei Männern wie bei Frauen die Einzelursache „Unzureichendes sonstiges oder fehlendes Einkommen“² dominiert. Der 12%ige Anteil der Sammelursache „Unzureichender Unterhalt“ erklärt sich fast ausschließlich durch die weiblichen Hilfeempfänger, von denen die meisten, nämlich etwa 8 von 10, unter die beiden Einzelursachen „unzureichender Unterhalt durch geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten“ fielen. Arbeitslosigkeit als Ursache ist bei den Alleinstehenden etwa durchschnittlich häufig, bei den Männern aber immerhin die Ursache mit der zweitgrößten Häufigkeit (21,2 %) und fünfmal so gewichtig wie bei den Frauen.

Die aufgezeigten Unterschiede zwischen den Geschlechtern lassen auf Unterschiede in der altersmäßigen Zusammensetzung der Hilfeempfänger schließen: Während die alleinstehenden Männer vermutlich überwiegend im erwerbsfähigen Alter waren, war ein großer Teil der weiblichen Personen im Rentenalter.

Bei den einzeln unterstützten Haushaltsangehörigen führten mit gleichen Anteilen drei Hauptursachen zur Hilfgewährung: Krankheit oder Behinderung, mangelnder Unterhalt sowie unzureichendes oder fehlendes Einkommen. Nennenswerte Differenzen zwischen den Geschlechtern bestehen hierbei nicht. Verglichen mit dem Ergebnis aller Haushalte ist der Anteil der Ursache „Krankheit oder Behinderung“ überdurchschnittlich und erklärt sich durch den in der Praxis der Hilfgewährung häufigen Fall, daß kranke oder behinderte Hilfebedürftige einer Haushaltsgemeinschaft angehören, aber als einzige daraus unterstützt werden.

Unzureichende Rente tritt bei den Ehepaaren ohne Kinder als Ursache für über die Hälfte stark hervor, während bei den Ehepaaren mit Kindern die Ursache „Arbeitslosigkeit“ mit 50 % vorherrscht. Dies läßt auf deutliche Unterschiede in der Altersstruktur der beiden Haushaltstypen schließen: Ehepaare ohne Kinder sind überwiegend bereits im Rentenalter, hilfebedürftige

2) Die andere Komponente ist das unzureichende Erwerbseinkommen

Sozialhilfe- einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt 1982

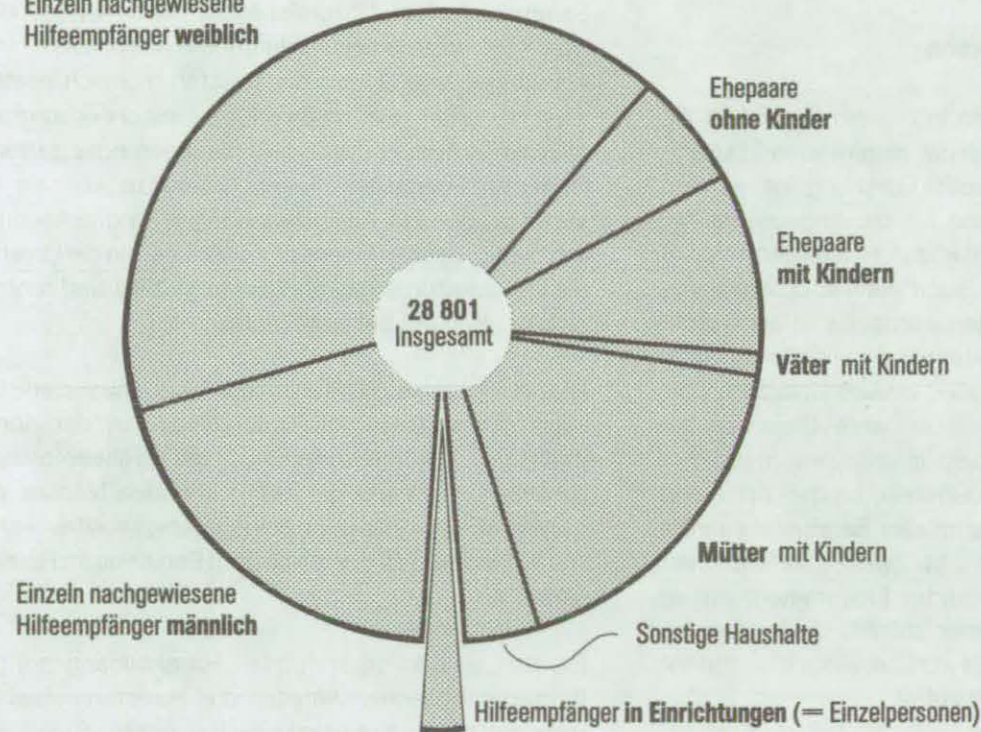
Nach dem Bundessozialhilfegesetz (letzte Fassung vom 24.5.1983 im Bundesgesetzblatt Teil 1, Nr. 23) kann die Hilfe zum Lebensunterhalt durch laufende und einmalige Leistungen gewährt werden. In der regelmäßigen Jahresstatistik wird jedoch für die einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt nur die Höhe der Aufwendungen festgestellt. 1982 waren dies 29 Mill. DM von 276 Mill. DM für die ganze Hilfe zum Lebensunterhalt und 806 Mill. DM für die Sozialhilfe insgesamt.

Der Bundesgesetzgeber hielt es deshalb für erforderlich, durch eine Zusatzstatistik einmal Näheres über die Empfänger und die Leistungen zu ermitteln. Aus den Ergebnissen dieser Zusatzerhebungen sind die hier stehenden Aussagen zu den folgenden vier Fragen entnommen:

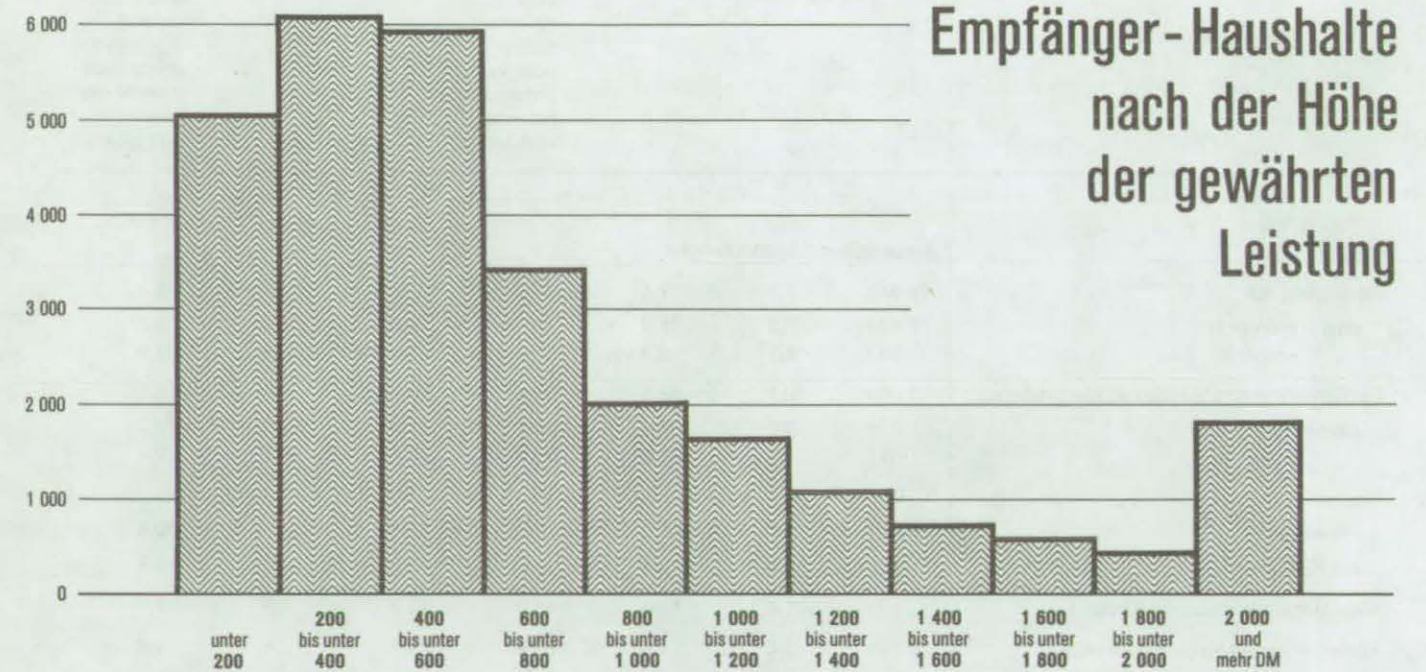
In welchen Haushaltsformen lebten die Hilfeempfänger und wie alt waren sie?

Wie viel Geld bekamen sie und für welche Verwendungszwecke?

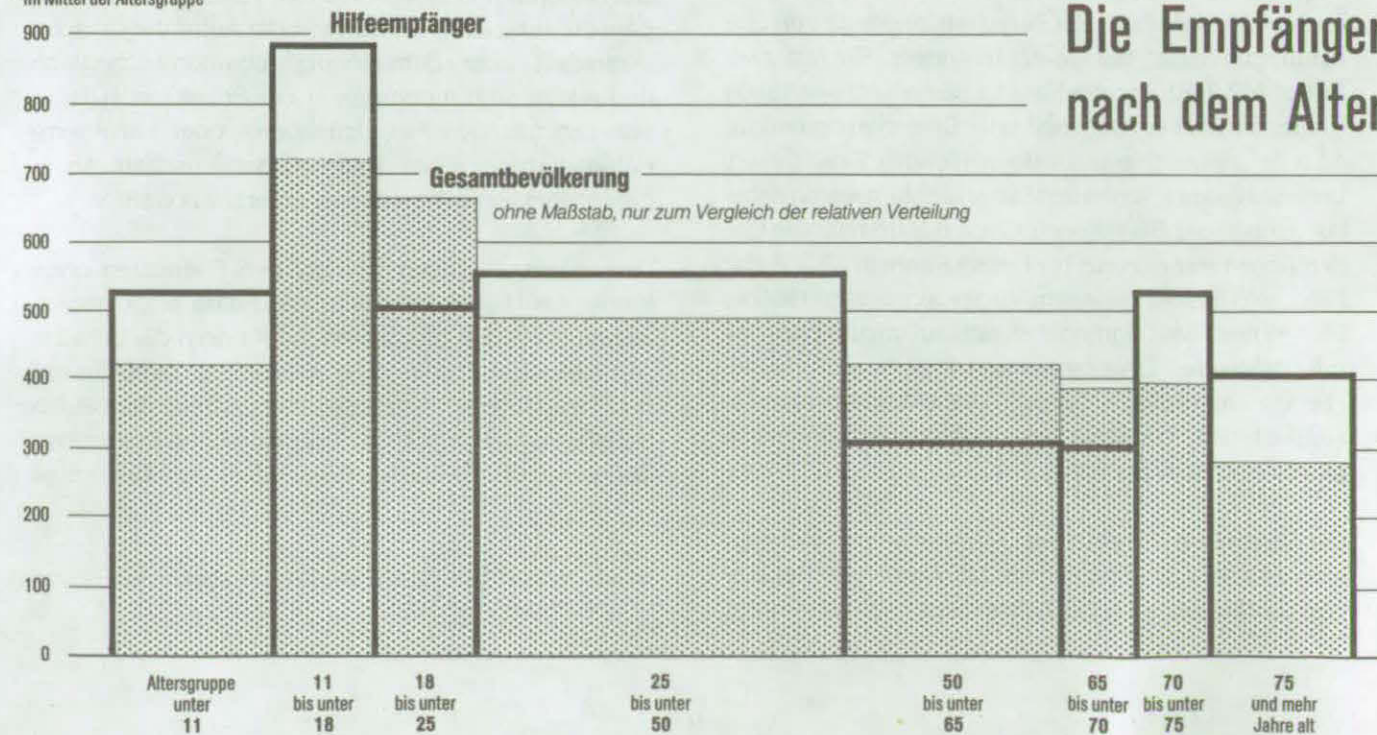
Einzel nachgewiesene Hilfeempfänger weiblich



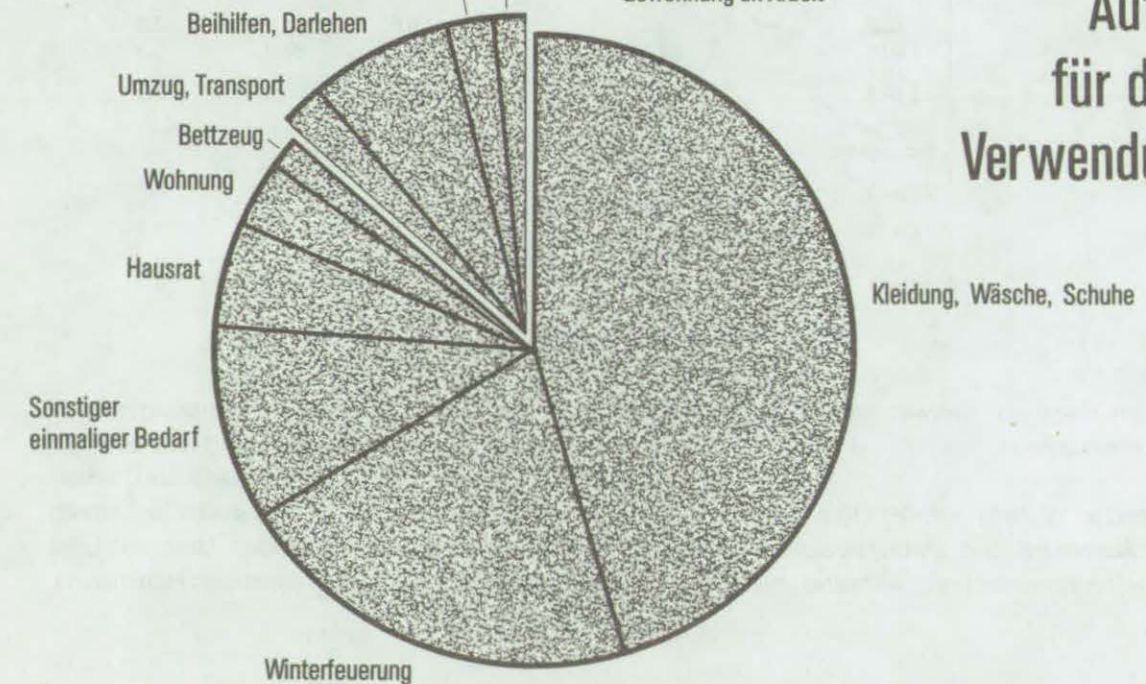
Die Haushalte der Empfänger nach dem Haushaltstyp



Personen je Altersjahr im Mittel der Altersgruppe



Beiträge zur Krankenversicherung, Alterssicherung, Sterbegeld, Bestattungshilfe, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Gewöhnung an Arbeit



Die Hauptursachen der Hilfestellung

Haushaltstyp — Geschlecht — Staatsangehörigkeit	Zahl der Haushalte	Davon nach der Hauptursache der Hilfestellung in % (Zusammenfassung)					
		Arbeits- losigkeit des Haushalts- vorstandes oder eines oder mehrerer Haushalts- angehöriger	Krankheit oder Be- hinderung des Haushalts- vorstandes oder eines oder mehrerer Haushalts- angehöriger	unzu- reichender Unterhalt durch ge- schiedenen Ehegatten, durch getrennt lebenden Ehegatten, Kindsvater oder Kindes- mutter oder kein Unterhalts- pflichtiger vorhanden	unzu- reichendes Erwerbs-, Arbeits- oder sonstiges Einkommen oder fehlendes Einkommen	unzu- reichende Rente	sonstige Ursachen (Rente erst beantragt, Studium oder sonstige Ausbildung, Freiheits- entzug oder Entlassung aus Freiheits- entzug, Suchtmittel- mißbrauch oder Nicht- seß- haftigkeit)
Außerhalb von Einrichtungen							
Alleinstehende	12 672	7,7	7,4	12,0	27,1	42,5	3,4
davon männlich	2 689	21,2	11,3	0,7	39,0	18,4	9,3
weiblich	9 983	4,1	6,3	15,0	23,9	48,9	1,8
Einzelnen unterstützte Haushaltsangehörige	3 009	6,1	28,8	27,8	28,3	6,5	2,5
davon männlich	1 338	8,5	27,4	26,5	31,9	3,0	2,7
weiblich	1 671	4,2	29,9	28,7	25,5	9,3	2,4
Ehepaare							
ohne Kinder	1 082	14,6	6,0	—	10,1	58,7	10,6
mit Kindern	1 167	50,5	12,4	—	18,3	9,4	9,4
Alleinstehende Väter mit Kindern	126	21,4	11,9	11,9	38,9	7,9	7,9
Alleinstehende Mütter mit Kindern	3 961	3,4	1,6	62,4	29,7	1,4	1,5
Sonstige Haushalte (2 und mehr Personen)	846	7,0	2,4	55,7	24,3	7,7	3,0
davon ohne Kinder	320	8,4	4,7	40,9	30,3	15,6	—
mit Kindern	526	6,1	1,0	64,6	20,7	2,9	4,8
Zusammen	22 863	9,3	9,2	23,2	26,4	28,2	3,6
In Einrichtungen							
Männlich	639	—	28,2	—	8,5	61,0	2,3
Weiblich	1 910	—	24,6	0,8	10,5	63,9	0,3
Zusammen	2 549	—	25,5	0,6	10,0	63,2	0,8
Insgesamt							
Deutsche	23 940	8,2	11,4	22,1	21,4	33,5	3,4
Ausländer und Staatenlose	1 472	10,9	1,4	2,4	79,3	3,4	2,6
Zusammen	25 412	8,4	10,9	21,0	24,8	31,7	3,3

Ehepaare mit Kindern dagegen überwiegend in der Erwerbsphase des Lebenszyklus.

Bei den alleinstehenden Vätern mit Kindern sind „Unzureichendes Einkommen“ und „Arbeitslosigkeit“ die häufigsten Gewährungsursachen, während die

alleinstehenden Mütter mit Kindern überwiegend (zu 62,4 %) aufgrund unzureichenden Unterhalts laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten – dies sind immerhin 11 % aller unterstützten Haushalte außerhalb von Einrichtungen. „Unzureichender Unterhalt“ ist häufigste Ursache auch bei den sonstigen Haushalten,

mit größeren Anteilen unter den Haushalten mit Kindern als bei denen ohne Kinder, gefolgt von der Ursache „Unzureichendes Einkommen“ mit einem dem Durchschnitt etwa entsprechenden Anteil von 24,3 %.

Die Gliederung aller Haushalte nach der Staatsangehörigkeit zeigt deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern/Staatenlosen. Während bei 21,4 % der deutschen Haushalte unzureichendes oder fehlendes Einkommen als Hauptursache angegeben wurde, war dies bei den ausländischen Haushalten zu 79 % der Fall. Unter ihnen sind dafür solche deutlich geringer vertreten, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung, unzureichenden Unterhalts oder unzureichender Rente unterstützt wurden. Es ist natürlich auch schwieriger, im Falle z. B. eines Gastarbeiters mehr als das Vordergründige, daß es nämlich an Geld fehlt, zu erkennen, noch dazu, wo andere Ursachen häufig im Nichtvorhandensein von etwas liegen (keine Arbeit, kein Unterhalt, unzureichende(s) Rente, Einkommen). Hier zeigt sich eine weitere prinzipielle Schwäche des Ursachenkatalogs dieser Erhebung: er setzt ein Urteil darüber voraus, was – an Unterhaltsquellen – „eigentlich“ vorhanden sein müßte.

Einkommenssituation der Hilfeempfänger

Der Grundsatz, daß Sozialhilfe nur erhält, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften, vor allem aus seinem Einkommen und Vermögen, beschaffen kann (Subsidiaritätsprinzip), macht das Ermitteln von Einkommen zu einem wichtigen Bestandteil der Fallbearbeitung. Der sozialpolitischen Bedeutung trug auch die Zusatzstatistik Rechnung, indem die angerechneten Einkommen hier nach Art und Höhe genau anzugeben waren.

Von den 25 412 Haushalten, die im September 1981 laufende Leistungen zum Lebensunterhalt erhielten, verfügten 86 % über ein auf die Hilfeleistungen angerechnetes Einkommen. Innerhalb von Einrichtungen betrug dieser Anteil 94 %, bei Haushalten außerhalb von Einrichtungen 85 %. Ein Einkommen von 400 DM und mehr hatten 44 % der Haushalte (40 % außerhalb von Einrichtungen, 81 % in Einrichtungen), von 1 200 DM und mehr lediglich 4,4 % (4,0 % außerhalb von Einrichtungen, 8,6 % in Einrichtungen). Die relativ bessere Einkommenssituation der Hilfeempfänger in Einrichtungen beruht darauf, daß die in Einrichtungen untergebrachten, überwiegend älteren Menschen im Laufe ihres Lebens Rentenansprüche erworben haben.

Unter den Haushalten außerhalb von Einrichtungen hatten die Ehepaare mit Kindern die günstigste, die

Haushalte/Haushaltsteile nach der überwiegender Einkommensart in %

Einkommensart	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen	Insgesamt	Dar. Asyl-begehrende und Kontingent-flüchtlinge	Von 100 Haushalten ¹ mit Einkommen hatten
Einkommen aus Arbeit	5,6	0,2	5,0	2,4	
Arbeitslosengeld/-hilfe	5,1	—	4,6	5,3	
Leistungen der gesetzl. Krankenversicherung	0,3	0,2	0,3	0,4	
Leistungen der gesetzl. Unfall-, Renten- und Handwerkerversicherung, Altershilfe für Landwirte	33,1	80,4	38,3	—	
Kindergeld	17,8	0,8	15,9	4,9	
Wohngeld	25,3	—	22,5	78,0	
Private Unterhaltsleistung	7,5	2,7	7,0	0,4	
Sonstige Einkommen	5,3	15,7	6,4	8,5	

1) In dieser Aufstellung ist jeder Haushalt nur einmal verzeichnet, etwaige weitere angerechnete Einkommen sind nicht beachtet

einzelnen unterstützten Haushaltsangehörigen die ungünstigste Einkommenslage. Hierbei muß man aber bedenken, daß die ersteren auch höhere Aufwendungen für den Lebensunterhalt haben, ein Tatbestand, der ja in die Berechnung der Hilfeleistungen mit eingeht. Die Einkommenssituation der Ausländerhaushalte war deutlich schlechter als die der deutschen Haushalte: Während 89 % der deutschen Haushalte über irgendwelche Einkommen verfügten, waren dies nur 35 % der ausländischen Haushalte. Bei den Haushalten von Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen betrug dieser Anteil sogar nur 23 %.

Insgesamt wurden bei allen unterstützten Haushalten 40 738 Einkommen angerechnet oder aber gingen auf die Träger der Sozialhilfe als deren Einnahme über³. Bezogen auf die Haushalte, denen Einkommen angerechnet wurden, waren dies 1,87 (Bund: 1,77), bei Haushalten außerhalb von Einrichtungen 1,90 (1,76), bei Hilfeempfängern in Einrichtungen 1,61 (1,83) Einkommen je Haushalt.

3) Bei Hilfeempfängern in Einrichtungen ist der Übergang von Einkommen der Regelfall; es wird vom Sozialhilfeträger „in Anspruch genommen“ oder „auf ihn übergeleitet“

38 % der Haushalte mit Einkommen hatten überwiegende Einkünfte aus Renten gesetzlicher Versicherungen; davon waren 26,6 % Versichertenrenten, 11,2 % Witwenrenten und 0,4 % Waisenrenten. Die Gruppe mit überwiegendem Einkommen aus Wohngeld umfaßte 22,5 % der Haushalte, 15,9 % der Haushalte bezogen ihr überwiegendes Einkommen aus Kindergeld. Unter den Hilfeempfängern in Einrichtungen herrschten die gesetzlichen Renten in noch stärkerem Maße vor, gefolgt von den sonstigen Einkommen, von denen jedes zweite ein Einkommen nach dem Lastenausgleichsgesetz war. Unter den Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen hatten sehr viele Haushalte überwiegende Einkünfte nach dem Wohngeldgesetz, während unter den sonstigen Ausländern und Staatenlosen Haushalte mit Wohngeld (20,4 %), Arbeitslosengeld oder -hilfe (22,2 %) sowie Kindergeld (25,9 %) annähernd gleich stark vertreten waren.

Gewährte Leistungen

Welche Arten von Hilfe zum Lebensunterhalt den Hilfebedürftigen als laufende Leistung gewährt werden können, ist durch das Bundessozialhilfegesetz festgelegt. Für Empfänger außerhalb von Anstalten und Heimen werden die laufenden Leistungen personenbezogen nach Regelsätzen gewährt, die auf die Stellung im Haushalt sowie auf das Alter abgestellt sind. Zu diesen Regelsätzen können weitere Leistungen treten: Mehrbedarfsleistungen aufgrund besonderer Lebensumstände (Alter, Erwerbsunfähigkeit, Schwangerschaft, Behinderung), Beiträge zur Krankenversicherung, Alterssicherung und für Sterbegeld, Leistungen zur Wiedereingliederung der Hilfesuchenden in den Arbeitsprozeß. Es gibt aber auch Fälle, in denen der Regelsatz nicht, aber andere laufende Leistungen gewährt werden. Die Übernahme der Kosten der Unterkunft wird als Leistungsart nicht ausgewiesen, ist aber im Betrag der gewährten Leistungen enthalten.

Für Personen in Anstalten und Heimen bestehen die Leistungen in der Übernahme der Unterbringungs- und Pflegekosten (Bruttopflegesatz), einem angemessenen Taschengeld, welches immer dann erhöht wird, wenn der Untergebrachte eigenes Einkommen zur Deckung der Heimkosten in gewisser Höhe einsetzt, sowie Beiträgen zur Krankenversicherung, Alterssicherung und Sterbegeld. Hilfeempfänger außerhalb wie innerhalb von Einrichtungen können also mehrere Arten von Leistungen gleichzeitig erhalten.

Von den 38 582 nachgewiesenen Hilfesuchenden waren 12 vom Anspruch auf Hilfe ausgeschlossen;

Hilfeempfänger mit einer bestimmten Art der gewährten Leistung in % aller Hilfeempfänger

Leistungsart	Empfänger			
	außerhalb von Einrichtungen		in Einrichtungen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Regelbedarf	99,9	99,7	—	—
Bruttopflegesatz	—	—	100	100
Mehrbedarf				
— für Personen über 65 Jahre	8,3	25,0	—	—
— für erwerbsunfähige Personen unter 65 Jahre	7,3	8,3	—	—
— für werdende Mütter	—	1,3	—	—
— für alleinsorgende Personen mit 2 und mehr Kindern	0,5	10,3	—	—
— für Erwerbstätige	1,6	4,1	—	—
— für Blinde und Behinderte	0,3	0,3	—	—
Beiträge zur Krankenversicherung				
— Weiterversicherte/Renten Antragsteller	3,1	6,6	3,9	1,8
— freiwillige Krankenversicherung	2,9	7,0	—	2,1
Beiträge zur Alterssicherung	0,3	0,4	0,8	—
Beiträge für Sterbegeld	1,6	3,7	—	0,8
Schaffung von Arbeitsgelegenheit				
— Arbeitsentgelt	0,1	0,1	—	—
— Mehraufwendungen	1,9	0,6	—	—
Mehraufwendungen bei Gewöhnung an Arbeit	1,1	0,1	—	—
Grundtaschengeld	—	—	98,4	98,6
Erhöhtes Taschengeld	—	—	73,6	73,8

diese waren aber ebenfalls nachzuweisen, wenn sie in einer Bedarfsgemeinschaft lebten, deren übrige Mitglieder Leistungen erhielten. Bei 61 Personen war die Hilfe nach § 25 Abs. 2 Bundessozialhilfegesetz eingeschränkt. Alle 73 lebten außerhalb von Einrichtungen.

Von den Hilfeempfängern außerhalb von Einrichtungen erhielten 99,8 % Leistungen nach Regelsätzen — nur 13 Männer und 72 Frauen wurden nicht nach dieser Leistungsart unterstützt. Man kann also sagen, außerhalb von Einrichtungen erhalten alle Hilfeempfänger den Regelsatz. Ihm gegenüber treten alle anderen möglichen Leistungen stark zurück. Die Häufigkeit oder besser Seltenheit ihres Auftretens kann der Tabelle entnommen werden. Gewisse Schwerpunkte gibt es bei den Männern nur noch beim Mehrbedarf infolge Alters (8 %) oder Erwerbsunfähigkeit (7 %) oder zur Fortführung der Krankenversicherung (6 %), bei Frauen

darüber hinaus noch wegen Versorgung von Kindern (10 %). Unter den Frauen treten die Sonderleistungen fast durchweg häufiger auf: die genannten vier Sonderleistungen kamen (einschließlich Mehrfachzählung) 57 % der Frauen, aber nur 22 % der Männer zugute, wobei allein 25 % der Frauen den Mehrbedarf infolge Alters erhielten.

Bei den Hilfeempfängern in Einrichtungen verteilen sich naturgemäß die Leistungen noch einseitiger. Für alle wurden die monatlichen Unterbringungs- und Pflegekosten von den Sozialhilfeträgern übernommen. Fast alle erhielten das Grundtaschengeld, drei Viertel zusätzlich das erhöhte Taschengeld, weil sie einen Teil der Heimkosten selbst trugen. Von den wenigen weiteren zusätzlichen Leistungen erreichte keine einen Anteil von 4 %.

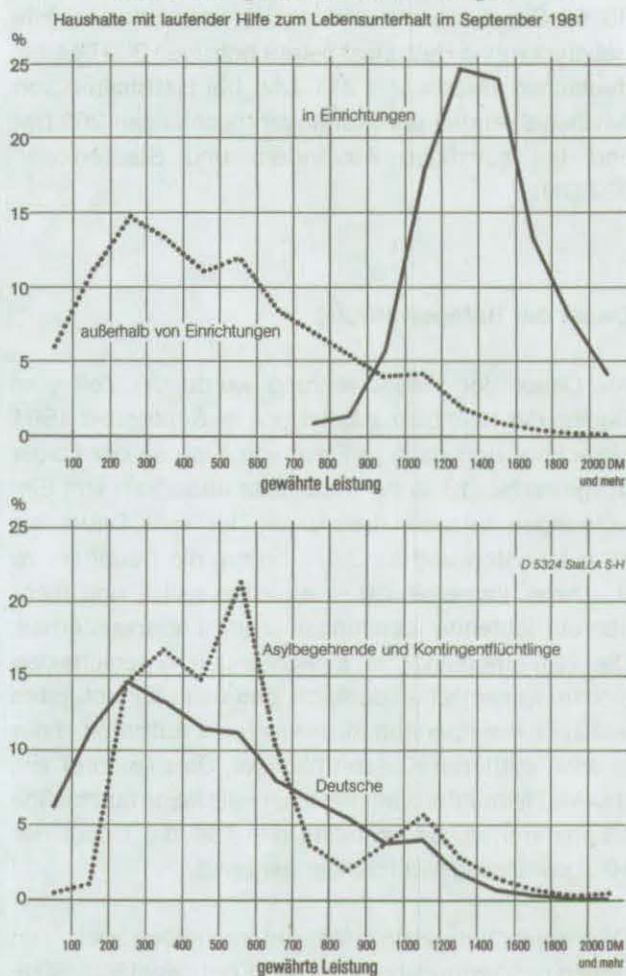
Die Höhe der gewährten Leistungen hängt ab einerseits von den Sätzen für die einzelnen Leistungsarten, die von den zuständigen Landesbehörden festgesetzt werden, andererseits von den Einkommen, über die die Hilfesuchenden oder ihre Bedarfsgemeinschaft verfügen und die ihnen angerechnet werden. Hilfeempfänger mit nur geringem Einkommen erhalten höhere Leistungen als solche mit hohem Einkommen. Da zur Berechnung der Sozialhilfe die Bedarfsgemeinschaft zugrundegelegt wird, ist die Höhe der gewährten Hilfe auch immer von der personellen Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft bestimmt.

50 % aller Haushalte von Hilfeempfängern erhielten Leistungen unter 500 DM, 84 % unter 1 000 DM. Die durchschnittlichen Leistungen je Haushalt betragen knapp 600 DM.

Erhebliche Unterschiede ergaben sich zwischen Hilfeempfängern in Einrichtungen und außerhalb von Einrichtungen. Nur etwa 8 % der Empfänger in Einrichtungen erhielten Leistungen unter 1 000 DM, während für 56 % der Haushalte außerhalb von Einrichtungen unter 500 DM und für 93 % unter 1 000 DM geleistet wurden. Die durchschnittlichen Leistungen betragen innerhalb von Einrichtungen über 1 400 DM, dagegen für Haushalte außerhalb von Einrichtungen nur gut 500 DM. Die Ursache hierfür ist in den hohen Kosten für Pflege und Unterkunft in Einrichtungen zu suchen.

Außerhalb von Einrichtungen erhielten 57 % der deutschen Haushalte unter 500 DM, 93 % unter 1 000 DM. Geringer waren diese Anteile bei den Haushalten von Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen, nämlich 48 % unter 500 DM und 89 % unter 1 000 DM. Die durchschnittlichen Leistungen je Haushalt waren bei

Höhe der gewährten Leistungen



den Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen mit 574 DM um 75 DM höher als bei den deutschen Haushalten. Die Abweichungen begründen sich im wesentlichen durch die bessere Einkommenssituation der deutschen Haushalte, denen mehr und höhere Einkommen zur Verfügung standen.

Für 83 % der Haushalte außerhalb von Einrichtungen haben die Sozialhilfeträger Mietkosten und sonstige Kosten der Unterkunft übernommen. Diese Leistungen sind in den insgesamt gewährten Leistungen enthalten. Besonders hoch war dieser Anteil bei den alleinstehenden Müttern mit Kindern (96 %), bei Ehepaaren mit Kindern (93 %) sowie bei den alleinstehenden Vätern mit Kindern und bei den Alleinlebenden mit jeweils 91 %. Weit unter dem Durchschnitt lag der Anteil bei den sonstigen Haushalten sowie besonders (33 %) bei den einzeln unterstützten Haushaltsangehörigen.

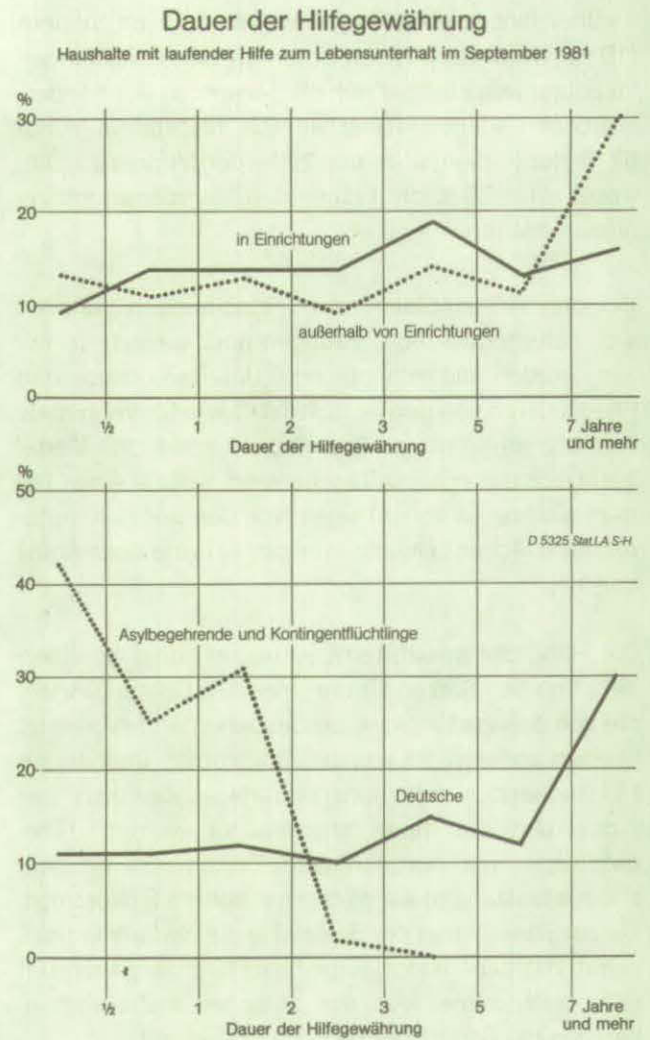
Für 83 % der deutschen Haushalte wurden Leistungen für die Unterbringung erbracht. Bei den Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen betrug dieser Anteil

78 %, bei den sonstigen Ausländern und Staatenlosen 85 %. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten⁴ je Haushalt (ohne Heizungskosten) betragen 309 DM, bei deutschen Haushalten 311 DM, bei Haushalten von Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlingen 265 DM und bei sonstigen Ausländern und Staatenlosen 337 DM.

Dauer der Hilfestellung

Als Dauer der Hilfestellung wurde die Zeit vom Beginn der Hilfe bis zur Erhebung im September 1981 berechnet und dann in Form von Klassen der Dauer ausgewertet. 13 % der Haushalte außerhalb von Einrichtungen bezogen Leistungen für eine Dauer bis zu 6 Monaten und für 37 % betrug die Dauer bis zu 2 Jahren. Immerhin 30 % erhielten seit 7 und mehr Jahren laufende Leistungen zum Lebensunterhalt. Die Hilfeempfänger in Einrichtungen unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß sie in der untersten wie auch der obersten Klasse seltener auftreten, dafür in allen mittleren Klassen häufiger. Dies leuchtet ein, da eine Heimunterbringung einerseits keine kurzfristige Maßnahme ist, andererseits der Tod die Dauer der Hilfestellung hier häufiger begrenzt.

Die deutschen Haushalte unterscheiden sich von denen der Asylbegehrenden und Kontingentflüchtlinge deutlich. Während 34 % der deutschen Haushalte Leistungsempfänger mit einem Zeitraum bis unter 2 Jahren waren, betrug dieser Anteil bei den Asylbegehrenden 98 %. Die überwiegend kleineren Zeiträume der Hilfestellung bei den Asylbegehrenden resultieren aus dem erst kurzen Aufenthalt des größten Teils dieser Personengruppe. Wenn es nicht gelingen



sollte, den Asylbegehrenden zu einer von der Sozialhilfe unabhängigen Lebensführung zu verhelfen, wird sich ihre Verteilung an die der übrigen Sozialhilfeempfänger angleichen.

Gerhard Winck

4) Hier wie auch schon bei den durchschnittlich gewährten Leistungen hilfsweise aus der Häufigkeitsverteilung auf Klassen errechnet

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht K I 2 - 81.

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 - 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung	
Keine Volkszählung – und doch Bevölkerungszahlen?	8/149
Gesundheitswesen	
Tuberkulose einst und jetzt	7/146
Bildung und Kultur	
Studenten der Naturwissenschaften	6/130
Wahlen	
Landtagswahlen nach 1945	2/26
Landtagswahl 1983	5/114
Bundestagswahl 1983	7/137
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Landwirtschaft in den Naturräumen	4/94
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe 1982	1/18
Investitionen 1981	8/151
Handel und Gastgewerbe	
Arbeitsstätten des Einzelhandels	1/2
Die Apotheken 1979	1/5
Unternehmen des Gastgewerbes	1/8
Verkehr	
Güterverkehr Binnenschifffahrt	5/124
Fahrradunfälle	5/127
Umweltschutz	
Öffentliche Abfallbeseitigung	4/106
Öffentliche Abwasserbeseitigung	4/108
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1982	3/62

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang . Heft 9 . September 1983

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 616	2 620	2 619	2 619	2 620
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 156	1 201	1 920	1 568	1 367
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,3	5,5	8,6	7,3	6,1
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 054	2 040	1 963	2 092	2 131
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,3	8,8	9,7	9,6
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 661	2 633	2 645	2 693	2 515
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,2	12,1	11,9	12,5	11,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	23	21	26	16	23
* je 1 000 Lebendgeborene		11,3	10,3	13,2	7,6	10,8
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 607	- 593	- 682	- 601	- 384
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,8	- 2,7	- 3,1	- 2,8	- 1,7
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 369	5 589	4 888	5 538	6 913
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 104	5 082	4 099	4 885	5 358
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 265	+ 507	+ 789	+ 653	+ 1 555
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 012	9 835	8 356	9 836	10 363
Wanderungsfälle	Anzahl	21 485	20 506	17 343	20 259	22 634
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		145	139	116	140	148
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	60	91	81	83	86	105	99	99	101
darunter *Männer	1 000	32	54	47	48	49	62	58	56	57
Kurzarbeiter	1 000	8,2	15,4	11,4	8,3	5,1	21,2	14,5	9,3	4,7
darunter Männer	1 000	6,4	12,2	9,1	6,2	4,0	17,7	11,9	7,3	4,0
Offene Stellen	1 000	7,9	3,7	4,8	4,2	3,4	3,3	3,4	3,2	2,6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 544 ^a	1 565 ^a	.	1 619	.	.	.	1 660	.
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	525 ^a	541 ^a	.	513	.	.	.	538	.
*Schweine	1 000	1 758 ^a	1 740 ^a	.	.	.	1 836	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	188 ^a	190 ^a	.	.	.	197	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	127 ^a	131 ^a	.	.	.	130	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	40	37	27	27	30	31	31	31	26
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	244	236	230	246	220	224	245	236	221
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	2	2	2	3	2	2	2
*Schlachtsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,2	29,4	26,1	27,4	25,8	27,0	28,6	27,9	24,8
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,8	10,4	7,4	7,6	8,2	8,6	8,6	8,7	7,4
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	19,1	18,8	18,5	19,6	17,4	18,1	19,8	19,0	17,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	278	283	274	279	278	282	279	280	283
Kälber	kg	101	102	104	103	102	109	104	100	109
Schweine	kg	80	81	81	80	80	82	82	81	78
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
*für Legehennenküken	1 000	130	125	162	138	75	235	175	133	128
*für Masthühnerküken	1 000	1 126	1 156	1 418	1 085	1 165	1 307	1 203	1 099	1 022
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	914	902	815	890	898	843	867	837	820
*Milcherzeugung										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	204	215	266	246	226	276	289	257	240
*Milchleistung je Kuh und Tag	%	97	97	99	99	98	98	99	99	98
	kg	12,9	13,1	15,9	15,1	13,5	17,0	17,2	15,8	14,3

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1981/82 = 5 c) Winterhalbjahr 1982/83 = 5

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	174	174	175	174	165	165	165	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	126	121	121	122	121	113	113	114	114
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 207	17 312	17 072	17 051	15 028	16 177	16 076	16 403	13 570
*Löhne (brutto)	Mill. DM	310,7	309,8	302,2	325,0	322,9	282,2	297,8	309,4	305,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	191,0	198,5	204,8	207,7	194,7	189,8	204,7	212,0	197,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 456	1 420	1 418	1 535	1 192	1 363	1 373	1 460	1 157
aus dem Inland	Mill. DM	981	1 039	982	1 183	905	917	1 037	1 090	814
aus dem Ausland	Mill. DM	475	380	436	352	287	447	336	370	343
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 791	2 802	2 597	2 890	2 533	2 803	2 726	2 913	2 549
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 265	2 261	2 124	2 394	2 017	2 272	2 239	2 422	2 080
*Auslandsumsatz	Mill. DM	526	541	473	496	516	531	487	491	469
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	32	22	25	13	23	23	25	17	21
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	36,3	35,9	37,3	30,3	30,4	44,6	45,6	37,8	34,4
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	87	75	58	77	64	66	68	50	62
*Leichtes Heizöl	1 000 t	11	10	7	6	6	9	7	6	5
*Schweres Heizöl	1 000 t	76	66	50	70	58	58	61	44	57
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	227	220	217	212	199	222	226	208	204
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	31	25	25	23	21	23	21	23
*Index der industriellen Nettoproduktion (Landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	54 150	48 965	49 778	50 132	50 135	46 611	47 388	48 139	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 861	5 352	5 904	6 140	4 947	5 377	5 987	6 602	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 576	2 290	2 558	2 694	1 908	2 284	2 561	2 831	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 093	1 092	1 153	1 206	1 085	1 138	1 201	1 312	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 053	1 835	2 040	2 095	1 803	1 781	2 019	2 206	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	113,2	107,3	119,3	120,8	103,7	109,1	123,6	129,2	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,9	18,8	18,6	19,6	19,0	17,2	18,0	20,1	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398,9	358,6	354,3	409,8	333,8	299,6	335,9	542,7	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	238,9	211,8	222,2	271,2	201,6	277,0	315,0	276,7	...
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 891	8 422	8 396	8 429	8 407	7 691	7 785	7 913	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 060	983	950	991	895	861	905	945	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	20,4	19,6	19,5	21,3	20,0	17,0	18,3	20,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	58,4	55,9	47,9	59,3	48,1	45,4	46,4	69,2	...
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 059	972	1 196	955	912	734	723	638	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	806	808	730	646	679	796	783	685	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 ^a 100	106,6	101,4	.	101,4	.	.	.	100,5	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 ^a 100	132,9	128,4	.	126,2	.	.	.	140,9	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ \approx 35,169 MJ/m³) \approx 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht \approx 1,46 t SKE, schwer \approx 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom \approx 0,123 t SKE 6) Ab März 1983 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983			
		Monats- durchschnitt			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	685	467	472	550	493	838	761	965	840
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	520	326	337	399	342	582	555	710	656
*2 Wohnungen	Anzahl	112	80	73	89	89	146	141	148	128
*Rauminhalt	1 000 m ³	659	523	571	662	566	909	780	991	801
*Wohnfläche	1 000 m ²	114	91	95	111	94	160	138	172	141
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	137	117	112	155	126	227	223	233	189
*Rauminhalt	1 000 m ³	525	520	320	784	615	682	779	709	601
*Nutzfläche	1 000 m ²	91	88	63	119	115	123	125	129	100
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 347	1 159	1 300	1 390	1 210	2 124	1 813	2 289	1 742
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	709,7	677,7	630,4	703,9	541,6	648,2	667,2	609,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	131,1	118,6	112,9	94,7	84,7	129,6	99,6	96,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	578,5	559,1	517,5	609,2	457,0	518,6	567,6	510,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,3	13,9	14,0	14,6	11,6	11,2	13,7	11,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	73,5	61,5	69,2	52,4	50,6	49,9	60,0	45,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	491,7	483,7	434,3	542,2	394,7	457,5	494,0	453,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	51,1	55,9	56,3	53,5	41,7	65,7	71,8	67,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	440,6	427,8	378,0	488,7	353,0	391,8	422,2	385,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	275,8	290,5	268,9	292,9	233,3	320,8	271,9	274,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	63,4	58,0	47,7	58,4	47,1	80,2	53,5	60,2	...
Frankreich	Mill. DM	51,9	56,1	68,7	59,3	46,6	52,6	49,6	53,7	...
Niederlande	Mill. DM	51,8	54,4	46,4	44,4	35,6	86,7	53,8	55,1	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	44,8	39,1	35,1	33,2	32,6	36,1	44,4	38,2	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	103,6	r 105,3	100,2	r 103,6	109,6	r 102,0	r 106,3	111,9	...
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	101,5	r 102,2	116,7	r 126,7	148,4	r 103,0	r 127,2	135,6	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	224	217	298	332	399	p 194	p 303	p 331	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	22	26	29	47	p 19	p 24	p 24	...
*Übernachtungen	1 000	1 392	1 338	1 527	2 226	3 360	p 904	p 1 526	p 2 206	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	43	40	45	52	76	p 35	p 63	p 43	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 174	1 143	1 088	1 164	943
Güterversand	1 000 t	567	545	532	502	434
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	199	164	175	172	159	143	121	146	125
*Güterversand	1 000 t	189	142	155	121	141	150	138	158	159
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschl. Motorroller)	Anzahl	416	450	680	613	364	1 049	765	636	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 686	7 163	7 608	7 458	6 475	9 541	9 742	10 586	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	420	325	376	395	294	439	524	476	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 452	1 449	1 600	1 616	1 658	1 467	1 676	p 1 942	p 1 742
*Getötete Personen	Anzahl	43	40	36	35	43	37	47	p 51	p 55
*Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 867	2 105	2 047	2 182	1 846	2 163	p 2 478	p 2 294

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1981	1982	1982			1983				
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	58 066	61 136	59 349	60 066	60 103	62 465	62 940	63 756	63 284	
darunter											
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	56 214	59 217	57 423	58 118	58 119	60 660	61 108	61 964	61 489	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 269	9 118	9 305	9 801	9 550	9 296	9 320	9 804	9 056	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 906	8 878	9 027	9 456	9 088	8 910	8 872	9 199	8 745	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	363	239	278	345	462	386	448	605	311	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 196	7 513	7 068	7 113	7 192	7 319	7 279	7 298	7 357	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 129	5 675	5 306	5 407	5 470	5 440	5 451	5 436	5 481	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 067	1 838	1 762	1 706	1 722	1 879	1 828	1 862	1 876	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	39 748	42 587	41 050	41 204	41 378	44 045	44 510	44 862	45 076	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	30 141	31 809	30 481	30 633	30 788	32 812	33 158	33 449	33 720	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 607	10 778	10 569	10 571	10 590	11 233	11 351	11 413	11 357	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	35 935	38 037	35 822	35 944	36 317	38 122	38 547	38 541	38 724	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	22 242	23 499	22 287	22 416	22 835	23 374	23 753	23 749	24 020	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 458	17 386	16 646	16 694	17 015	17 232	17 515	17 636	17 847	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 784	6 112	5 640	5 722	5 820	6 142	6 238	6 113	6 173	
*Spareinlagen	Mill. DM	13 693	14 539	13 535	13 528	13 482	14 747	14 794	14 791	14 704	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	10 615	10 599	9 981	9 945	9 927	10 796	10 813	10 829	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	794	886	638	696	890	887	813	832	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	815	817	620	722	936	834	766	835	...	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	45	56	52	56	54	59	56	60	58	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,2	-	-	-	-	-	1	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	381	404	383	433	395	304	355	318	...	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	3,6	3,2	4,9	2,7	2,2	2,8	2,9	...	
Steuern											
Steueraufkommen nach der Steuerart				Vierteljahres- durchschnitt					2.Vj.82		2.Vj.83
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 104,1	2 111,3	.	1 926,9	.	.	.	1 961,6	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 484,0	1 500,5	.	1 343,7	.	.	.	1 363,7	.	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 044,9	1 084,6	.	941,7	.	.	.	1 006,0	.	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	282,4	244,7	.	211,1	.	.	.	201,5	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	20,0	17,8	.	12,9	.	.	.	11,1	.	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	136,8	153,4	.	178,0	.	.	.	145,1	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	620,1	610,9	.	583,2	.	.	.	597,9	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	419,5	403,4	.	359,0	.	.	.	363,6	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	200,6	207,4	.	224,2	.	.	.	234,3	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	141,2	129,4	.	150,7	.	.	.	114,3	.	
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,2	.	0,4	.	.	.	0,1	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,5	117,9	.	140,9	.	.	.	103,5	.	
*Ländersteuern	Mill. DM	128,1	137,8	.	159,8	.	.	.	178,3	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,0	27,2	.	28,4	.	.	.	27,5	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68,1	70,6	.	91,0	.	.	.	93,7	.	
*Biersteuer	Mill. DM	4,4	4,8	.	4,6	.	.	.	4,5	.	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	272,1	267,0	.	254,0	.	.	.	266,5	.	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,2	.	6,8	.	.	.	7,5	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	52,5	55,6	.	54,7	.	.	.	54,5	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,3	186,4	.	175,7	.	.	.	182,8	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 154,2	1 144,6	.	1 081,0	.	.	.	1 049,2	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	569,7	579,3	.	515,9	.	.	.	521,5	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	418,6	412,3	.	393,7	.	.	.	397,6	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	24,9	23,5	.	20,7	.	.	.	15,8	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 178,9	1 214,8	.	1 129,7	.	.	.	1 129,9	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	695,4	710,8	.	637,0	.	.	.	641,1	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	334,7	342,7	.	312,3	.	.	.	294,7	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	24,9	23,5	.	20,7	.	.	.	15,8	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	440,1	437,2	.	417,8	.	.	.	452,4	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	143,6	139,4	.	134,3	.	.	.	151,2	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,8	217,2	.	265,1	.	.	.	217,5	.	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1981	1982	1982			1983				
			Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100										
Einfuhrpreise	142,9	145,0	143,1	143,9	144,6	140,3	140,7	142,1	...	
Ausfuhrpreise	121,3	126,5	126,5	126,4	126,8	127,7	128,0	128,2	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	133,6	138,0	137,0	137,2	138,1	135,5	136,0	136,9	...	
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾ (1980 = 100)	107,8	114,1	113,7	114,2	114,7	115,1	115,2	115,5	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	104,6	107,3	109,0	108,6	108,0	104,9	p 104,6	p 105,4	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude (1980 = 100)	105,9	108,9	109,1	.	.	.	110,7	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	121,9	127,0	127,0	127,5	126,8	127,4	p 127,5	p 126,4	...	
Einzelhandelspreise	122,2	128,6	128,4	130,1	130,0	130,9	131,5	131,8	132,0	
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	123,9	130,5	129,8	131,1	131,4	133,2	133,7	134,2	134,7	
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	118,2	125,5	125,6	128,6	128,0	128,7	128,9	129,0	128,6	
Kleidung, Schuhe	126,8	132,5	132,2	132,3	132,5	135,7	136,2	136,3	136,6	
Wohnungsmieten	120,4	126,4	125,6	126,0	126,6	132,2	132,7	133,0	133,4	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	157,8	171,0	169,1	168,7	169,3	164,0	164,5	165,8	167,6	
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	123,7	129,3	129,6	129,4	128,8	132,5	132,5	132,7	132,4	
Löhne und Gehälter										
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	633	646	.	.	662	654	
darunter *Facharbeiter	668	679	.	.	696	678	
*weibliche Arbeiter	420	437	.	.	448	445	
darunter *Hilfsarbeiter	402	420	.	.	431	425	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	15,08	15,65	.	.	15,85	16,24	
darunter *Facharbeiter	15,87	16,38	.	.	16,63	16,92	
*weibliche Arbeiter	10,55	11,08	.	.	11,20	11,37	
darunter *Hilfsarbeiter	10,14	10,67	.	.	10,78	10,91	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	42,0	41,2	.	.	41,8	40,3	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,7	39,4	.	.	40,0	39,1	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 508	3 705	.	.	3 755	3 826	
*weiblich	2 405	2 533	.	.	2 561	2 630	
Technische Angestellte										
*männlich	3 684	3 841	.	.	3 890	3 959	
*weiblich	2 318	2 439	.	.	2 467	2 589	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 025	3 184	.	.	3 195	3 149	
*weiblich	2 062	2 197	.	.	2 207	2 086	
Technische Angestellte										
männlich	3 013	3 166	.	.	3 282	3 146	
weiblich	.	(2 245)	.	.	(2 251)	1 640	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 178	3 349	.	.	3 371	3 363	
weiblich	2 158	2 294	.	.	2 308	2 235	
Technische Angestellte										
männlich	3 642	3 805	.	.	3 856	3 889	
weiblich	2 316	2 438	.	.	2 463	2 423	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite

4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000						in 1 000				
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 089	81	368	222	417
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Ine- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ² 100
	in 1 000												
1978	245	89	83	2	13	43	32	12	46 053	6,0	29 723	2,7	95
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 287	7,0	30 684	3,2	93
1980	215	87	87	3	12	41	32	15	53 446	8,4	32 027	4,4	95
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	56 045	4,9	32 174	0,5	96
1982	190	79	83	2	57 768	3,1	31 860	- 1,0	96

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmischerzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ²⁾									
	in 1 000										
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720
1981	1 544	525	1 758	(3 382) ^{a)}	473	2 922	2 446	4 702	2 075	153	889
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle in 1 000 t SKE 6)	Heizöl	
			insgesamt	mittel- schwer, schwer	Beschäf- tigte am 30. 6.						
	in 1 000										in 1 000
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56
1979	180	128	226	3 376	1 956	28 576	4 464	231	1 260	1 033	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 255	1 091	58
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 049	917	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	904	786	50

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebieltlichen Versandes, ohne übergebieltlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

6) 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE (29 308 MJ)

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. März 1983			Bevölkerungsveränderung im März 1983			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1983 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 660	- 0,1	- 0,9	- 5	- 80	- 85	34	1	45
KIEL	248 316	- 0,1	- 0,5	- 109	- 72	- 181	142	-	175
LÜBECK	216 600	- 0,1	- 1,0	- 100	- 209	- 309	138	2	184
NEUMÜNSTER	79 670	- 0,1	- 0,6	- 26	- 35	- 61	41	-	60
Dithmarschen	130 851	- 0,0	- 0,1	- 68	18	- 50	88	4	122
Hzgt. Lauenburg	157 655	+ 0,0	+ 0,3	- 21	39	18	83	-	105
Nordfriesland	161 586	- 0,1	- 0,2	- 17	- 171	- 188	157	4	206
Ostholstein	193 889	+ 0,2	+ 0,3	- 92	431	339	233	11	300
Pinneberg	260 378	- 0,0	- 0,1	- 42	- 10	- 52	125	4	155
Plön	117 403	+ 0,4	+ 0,9	- 33	498	465	121	3	177
Rendsburg-Eckernförde	246 595	- 0,1	- 0,0	- 76	- 124	- 200	175	5	231
Schleswig-Flensburg	182 817	- 0,0	+ 0,1	- 41	- 5	- 46	121	9	160
Segeberg	213 287	+ 0,0	+ 0,4	- 22	29	7	134	3	164
Steinburg	128 266	- 0,0	- 0,3	- 56	25	- 31	66	4	94
Stormarn	193 131	- 0,0	+ 0,5	- 71	67	- 4	84	5	116
Schleswig-Holstein	2 617 104	- 0,0	- 0,1	- 779	401	- 378	1 742	55	2 294

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1983		
	Betriebe am 31. 7. 1983	Beschäftigte am 31. 7. 1983	Umsatz ⁴⁾ im Juli 1983 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	72	8 435	100	33 549	30 033	...
KIEL	137	24 720	455	95 471	85 850	...
LÜBECK	142	22 341	197	81 675	73 311	...
NEUMÜNSTER	71	9 510	70	34 264	30 382	...
Dithmarschen	78	6 389	297	66 971	53 804	...
Hzgt. Lauenburg	96	7 944	66	74 993	64 577	...
Nordfriesland	54	2 980	92	77 216	62 235	...
Ostholstein	85	5 608	89	84 144	71 903	...
Pinneberg	198	20 231	231	119 867	104 469	...
Plön	47	2 617	31	55 575	46 711	...
Rendsburg-Eckernförde	117	9 810	151	117 952	98 681	...
Schleswig-Flensburg	88	4 864	108	91 128	73 908	...
Segeberg	175	14 136	205	111 413	95 540	...
Steinburg	92	10 051	161	61 274	49 976	...
Stormarn	147	15 361	295	92 220	80 837	...
Schleswig-Holstein	1 599	164 997	2 549	1 197 712	1 022 217	...

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1983 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1982				Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			Arbeitslose am 30.6.1983	Kurzarbeiter Monatsmitte Juni 1983	offene Stellen am 30.6.1983	Schweine insgesamt am 3.4.1983	Rindvieh am 3.12.1982	
		VZ 1970	Vorjahres- stand						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 618,2	+ 5,0	- 0,0	99	9	3,2	1 836	1 565	541	
Hamburg	1 623,8	+ 9,5	- 0,8	70	16	2,3	10	13	3	
Niedersachsen	7 256,8	+ 2,5	- 0,1	303	55	8,4	7 342	3 166	1 125	
Bremen	685,4	- 5,2	- 0,9	37	9	1,0	8	17	5	
Nordrhein-Westfalen	16 961,2	+ 0,3	- 0,5	685	120	18,3	5 941	1 974	638	
Hessen	5 599,8	+ 4,1	- 0,2	166	36	8,0	1 293	853	287	
Rheinland-Pfalz	3 636,5	- 0,2	- 0,1	111	25	4,7	688	638	228	
Baden-Württemberg	9 270,6	+ 4,2	- 0,2	213	101	17,0	2 294	1 833	683	
Bayern	10 966,7	+ 4,7	+ 0,1	314	93	18,1	4 282	4 967	1 993	
Saarland	1 057,5	- 5,6	- 0,5	46	21	0,9	47	71	26	
Berlin (West)	1 869,6	- 11,9	- 1,0	83	8	3,7	4	1	0	
Bundesgebiet	61 546,1	+ 1,5	- 0,3	2 127	495	85,6	23 744	15 098	5 530	

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im April 1983	
	Beschäftigte am 31.5.1983	Umsatz ²⁾ im Mai 1983		Beschäftigte am 30. April 1983		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	165	2 726	18	47	18	2 124	8,1
Hamburg	151	7 090	17	26	16	697	4,3
Niedersachsen	646	11 155	29	125	17	4 076	5,6
Bremen	79	1 414	25	12	17	98	1,4
Nordrhein-Westfalen	1 975	30 305	27	258	15	9 151	5,4
Hessen	604	8 016	28	92	16	2 673	4,8
Rheinland-Pfalz	360	6 284	33	66	18	2 105	5,8
Baden-Württemberg	1 358	18 391	29	190	21	6 573	7,1
Bayern	1 265	16 977	30	233	21	9 185	8,4
Saarland	142	1 841	36	18	17	552	5,2
Berlin (West)	160	3 048	12	32	17	830	4,4
Bundesgebiet	6 905	107 246	27	1 097	18	38 064	6,2

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1983			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Mai 1983				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31.5. 1983 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						Landes	Bundes	der Gemeinden
	in 1 000						im 1. Vierteljahr 1983				
						in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	1 166	997	381	1 676	47	2 163	132	5 650	468	463	...
Hamburg	630	566	348	964	17	1 220	128	9 277	722	2 824	...
Niedersachsen	3 294	2 786	384	4 058	150	5 308	134	7 089	463	464	...
Bremen	264	238	347	424	6	502	120	7 962	573	1 237	...
Nordrhein-Westfalen	7 332	6 538	385	9 029	215	11 649	131	8 030	509	807	...
Hessen	2 655	2 299	411	3 234	98	4 209	133	8 672	545	740	...
Rheinland-Pfalz	1 783	1 495	411	2 169	58	2 848	134	8 045	486	548	...
Baden-Württemberg	4 450	3 775	407	4 962	143	6 650	137	8 629	583	749	...
Bayern	5 263	4 284	391	6 594	255	8 799	137	8 918	497	599	...
Saarland	477	426	403	624	20	850	139	7 729	466	528	...
Berlin (West)	661	585	313	1 395	15	1 651	119	7 679	449	1 053	...
Bundesgebiet	28 079 ^{a)}	24 036 ^{a)}	391	35 129	1 024	45 849	133	8 142	517	698	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

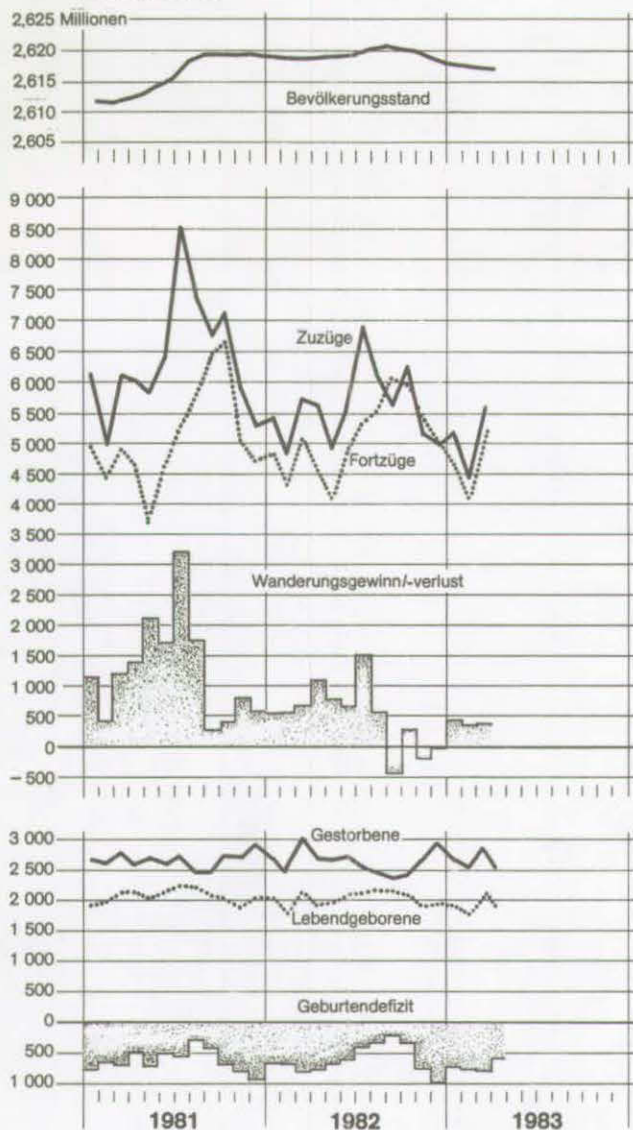
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

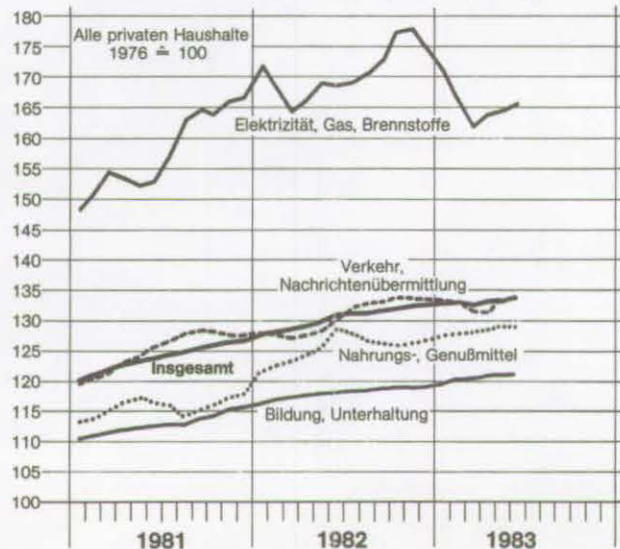
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

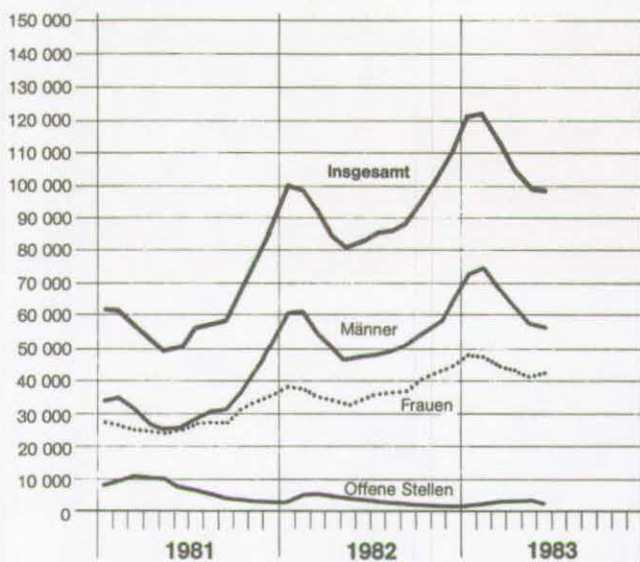
Bevölkerung



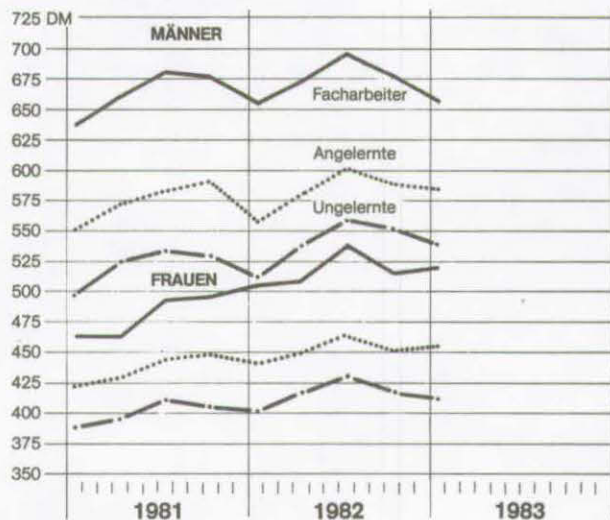
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Arbeitslose



Bruttowochenverdienste



Steueraufkommen

